



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Finanzausschuss		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14, 58332 Schwelm		
Datum 19.09.2019	Beginn 17:00 Uhr	Ende 18:02 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Christoforidou, Elissavet
Hortolani, Frauke Dr.
Kick, Hans-Werner
Tempel, Gabriele
Kampschulte, Matthias
Schmidt, Regina
Steuernagel, Rolf
Zimmer, Roland
Gießwein, Brigitta
Burbulla, Johanna
Kranz, Jürgen

Vertretung für Herrn Jörg Pfeffer

Vorsitzender

Kirschner, Thorsten

stellv. Vorsitzender

Gießwein, Marcel
Müller, Michael

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried
Mollenkott, Marion
Schweinsberg, Ralf

Schriftführer/in

Lache, Wolfhard

Abwesend:

Mitglieder

Lenz, Heinz-Jürgen
Pfeffer, Jörg

vertreten durch Frau Burbulla

Lubitz, Eleonore
Schulz, Jürgen

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Niederschriften zu den Sitzungen vom 02.05. und 22.05.2019- Kenntnisnahme und Feststellung -
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung
- 5 Mitteilungen
- 6 Jahresabschluss 2018 der Stadtmarketing Schwelm GmbH & Co. KG und der Stadtmarketing Schwelm Beteiligungsgesellschaft mbH 150/2019
- 7 Haushaltssanierungsplan
- 7.1 5. Controllingbericht zu den Produktergebnissen 2019 (31.07.2019) 127/2019
- 8 Antrag der FDP-Fraktion vom 17.04.2019: Antrag auf Ausschöpfung der rechtlich maximal möglichen Abrechnungsfrist bei Anliegerbeiträgen nach KAG 142/2019
- 9 Antrag der FDP-Fraktion "Prioritätenliste" vom 27.06.2019 149/2019
- 10 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Herr Kirschner, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kirschner stellt fest, dass der Finanzausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

3 Niederschriften zu den Sitzungen vom 02.05. und 22.05.2019- Kenntnisnahme und Feststellung -

Die Niederschriften zu den Sitzungen des Finanzausschusses vom 02.05. und 22.05.2019 wurden den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwendungen gegen die vorliegenden Niederschriften erhoben. Danach stellt der Vorsitzende Kenntnisnahme fest.

4 Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung

Keine

5 Mitteilungen

Keine

6 Jahresabschluss 2018 der Stadtmarketing Schwelm GmbH & Co. KG und der Stadtmarketing Schwelm Beteiligungsgesellschaft mbH 150/2019

Herr Kirschner moderiert den Tagesordnungspunkt (TOP) an und erörtert den Beschlussvorschlag.

Herr Schweinsberg bittet darum, evtl. Fragen zum TOP heute mitzuteilen bzw. per E-Mail zu übermitteln.

Herr Gießwein (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, wie es zu den erheblichen Personalbelastungen gekommen sei. Dies gehe aus dem Bericht nicht hinreichend hervor. Zudem sei bedauerlich, dass Frau Lipka heute nicht anwesend sei. Er schlägt daher vor, den TOP in den nächsten Finanzausschuss (FA) zu verschieben. Dies sei als Vertagungsantrag zu verstehen.

Herr Schweinsberg erläutert, es sei geplant gewesen, dass Frau Lipka in der nächsten Ratssitzung einen Vortrag halte.

Herr Kranz (Fraktion SWG/BfS) befürwortet ebenfalls eine Vertagung.

Herr Steuernagel (CDU-Fraktion) erklärt, er könne der Argumentation in der Vorlage nicht folgen, und bittet um Aufklärung.

Herr Müller (CDU-Fraktion) teilt mit, er könne als Aufsichtsratsmitglied versuchen, die entstandenen Personalkosten zu erläutern.

Durch eine Überschneidung bei der personellen Besetzung sei es zu einmaligen Mehrkosten gekommen. Für den Aufsichtsrat sei dies schlüssig gewesen.

Herr Gießwein teilt mit, dass für ihn eine Vertagung weiterhin unumgänglich sei. Im Verhältnis zur Bilanzsumme in Höhe von 104.000 €, betrage der Anstieg der Personalkosten rund ein Drittel.

Bei dieser Sachlage müsse es jemanden geben, der zu Fragen aus der Politik Rede und Antwort stehe.

Herr Schweinsberg merkt an, dass er die heutige Abwesenheit der Geschäftsführerin mit ihr vereinbart habe.

Herr Kick (SPD-Fraktion) weist daraufhin, dass im vergangenen Jahr keine Frühjahrsmesse stattgefunden habe und daher auch kein Überschuss erwirtschaftet worden sei. Im laufenden Jahr 2019 sei das Soll schon erfüllt worden.

Über den Vertagungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig bei 5 Enthaltungen (14 Stimmberechtigte).

7 Haushaltssanierungsplan

7.1 5. Controllingbericht zu den Produktergebnissen 127/2019 2019 (31.07.2019)

Herr Kirschner führt zu dem TOP ein.

Anschließend erläutert Frau Mollenkott den Controllingbericht.

Sie weist daraufhin, dass der Controllingbericht zum 30.09. auch an die Aufsicht gehe und dass davon auch die Stärkungspaktmittel abhängig seien. Weiterhin schlägt Frau Mollenkott vor, keine weiteren Controllingberichte für das Jahr 2019 zu erstellen und sichert gleichzeitig zu, dass bei außerordentlichen Veränderungen sofort entsprechend informiert werde.

In der folgenden Aussprache hinterfragt zunächst Herr Kranz die Kosten für den Ibach-Steg in Höhe von 125.000 €.

Frau Mollenkott teilt mit, dass hierfür Rückstellungen gebildet worden sind und dass daher kein Aufwand zu veranschlagen sei.

Herr Guthier teilt mit, dass man bemüht sei, die Kosten zu senken, um mit der Bahn entspannter verhandeln zu können.

Abschließend stellt Herr Kirschner Kenntnisnahme der Vorlage fest.

**8 Antrag der FDP-Fraktion vom 17.04.2019: Antrag auf 142/2019
Ausschöpfung der rechtlich maximal möglichen
Abrechnungsfrist bei Anliegerbeiträgen nach KAG**

Herr Kirschner moderiert den TOP an und erläutert, welcher Sachverhalt zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird.

Herr Zimmer (FDP-Fraktion) weist darauf hin, dass mehrere Bundesländer keine KAG-Beiträge mehr erheben.

Herr Guthier merkt an, dass aufgrund der in der Vorlage dargestellten Hinweise und Erläuterungen des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (HKBK), der Kreisverwaltung und des Städte- und Gemeindebundes NW die absichtliche, d.h. nicht etwa durch organisatorische Umstände bedingte Verzögerung eines Beitragsverfahrens nicht empfohlen werden kann (vgl. hierzu insbesondere StGB NW im Schnellbrief 305/2018).

Weiterhin führt er aus, dass im vorliegenden Zusammenhang sich eine weitere Diskussion jedoch bereits deshalb erübrigen dürfte, weil die Verwaltung im Jahre 2019 ohnehin nur solche KAG-Verfahren abwickeln könne, bei denen im Folgejahr eine Verjährung eintreten würde.

Die Verfahren würden also im Ergebnis, im Sinne des FDP-Antrages, zum spätmöglichen Zeitpunkt durchgeführt.

Herr Kranz möchte nicht als Ratsmitglied in Regress genommen werden. Seine Fraktion wird daher den Antrag ablehnen.

Herr Kirschner betont, dass auf Recht und Gesetz geachtet werden müsse. Davon werde sich die SPD-Fraktion bei ihrer Abstimmung leiten lassen. Das Gesetz sehe eine bewusst verzögerte Geltendmachung nicht vor. Es sei ein Unterschied, ob eine Verwaltung aus personellen Gründen Beiträge erst gegen Ende der Verjährungsfrist geltend machen könne oder dies aus sachfremden Erwägungen heraus vorsätzlich verzögere. Aus den vorliegenden Stellungnahmen gehe deutlich hervor, dass eine auch in zeitlicher Hinsicht gleichmäßige und einheitliche Gesetzesanwendung geboten sei und andernfalls sogar mögliche Haftungsrisiken gegenüber den kommunalen Entscheidungsträgern bestünden, sofern Forderungen nicht mehr geltend gemacht werden können. Die SPD-Fraktion werde daher nicht zustimmen.

Herr Müller begrüßt, dass die Landesregierung das Thema bereits angegangen sei.

Herr Zimmer will sich aufgrund der rechtlichen Einschätzung enthalten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	
	dagegen:	13
	Enthaltungen:	1

9 Antrag der FDP-Fraktion "Prioritätenliste" vom 27.06.2019

149/2019

Herr Zimmer erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Es wird festgestellt, dass die Überschrift des Antrages (zweiter Teil: Ergänzung zu Verwaltungsvorlage 052/2019/2) so nicht mehr stimmt.

Herr Kirschner schlägt vor, die Sitzung für fünf Minuten zu unterbrechen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (Sitzungsunterbrechung von 17:40 bis 17:45 Uhr)

Nach der Sitzungsunterbrechung teilt Herr Zimmer mit, dass der Text „Ergänzung zu Verwaltungsvorlage 052/2019/2“ gestrichen werden kann.

Frau Mollenkott erläutert die Sicht der Verwaltung und weist insbesondere darauf hin, dass im Rahmen der Haushaltssatzung der Rat jährlich den aufzunehmenden Höchstbetrag der Liquiditätskredite, sowie der Investitionskredite beschließt.

In der Praxis würde die Verwaltung, in der Regel zum Jahresende, nur den Investitionskreditbetrag aufnehmen, der nicht aus investiven Zahlungsmitteln gedeckt werden könne. Langfristige Investitionen nach der Gemeindeordnung müssten nach der Gemeindeordnung auch durch langfristige Kredite finanziert werden. Diese könnten nicht „einfach“ in Liquiditätskredite umgeschuldet werden. Aus Sicht der Verwaltung empfiehlt es sich daher, weitere Informationen zu Zinsauswirkungen, Abschreibungen etc. nur bei größeren Investitionen anzustellen.

Herr Müller erläutert aus Sicht der CDU den Antrag, der in der jetzigen Form nicht unterstützt wird. In Absprache mit anderen Fraktionen wird folgende Neufassung des Antrages vorgeschlagen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Rat stets mit den Beschlussvorschlägen zum Bau oder Umbau von städtischer Infrastruktur die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Liquiditäts- und Zinsebene sowie auf die Abschreibungen darzulegen. Ausgenommen sind Maßnahmen mit einer Gesamtinvestition von weniger als 250.000 € sowie Maßnahmen, die vollständig durch Drittmittel (z.B. Investitionspauschale) finanziert sind.

Herr Kranz unterstützt die Aussagen des Herrn Müller.

Herr Zimmer merkt an, dass die Verwaltung die Prioritätenliste vorlegen soll und die Politik abschließend die Liste festlegt. Aus seiner Sicht könne der Antrag auch vertagt werden.

Herr Müller betont, dass von seiner Seite kein eigener Antrag gestellt wird.

Herr Zimmer verlangt, dass über den Antrag abgestimmt wird.

Herr Gießwein weist darauf hin, dass die Prioritätenliste auf jeden Fall von der Verwaltung festgelegt werden solle.

Herr Schweinsberg erklärt, dass keinesfalls die Prioritätenliste zur Abstimmung vorgelegt wird. Der Kompromissvorschlag würde von der Verwaltung mitgetragen.

Herr Kranz stellt einen Vertagungsantrag in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis: 2 dafür, 12 dagegen, 0 Enthaltung.

Herr Kick weist darauf hin, dass von Seiten der SPD auch kein Kompromissantrag gestellt wird.

Nunmehr wird abschließend über den FDP-Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	1
	dagegen:	12
	Enthaltungen:	1

10 Fragen / Mitteilungen des Ausschusses an die Verwaltung

Keine

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 8 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 16.10.2019	Schriftführer gez. Lache	Vorsitzende gez. Kirschner
-------------------------	--------------------------------	----------------------------------